



**FACT-
SHEET**

KV & Mitbestimmung

DIE FAKTEN:

859 Kollektivverträge gelten in Österreich, knapp 480 werden jedes Jahr verhandelt. Für 98 Prozent der Beschäftigten in Österreich gelten Regelungen und Schutzbestimmungen von Kollektivverträgen. Kollektivverträge sind das sichtbare Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen für faire und einheitliche Standards in den verschiedenen Branchen.

WAS ANDERE WOLLEN:

Höhere Löhne schaden dem Standort und gefährden den Wettbewerb, hört man oft und verstärkt vor großen Lohn- und Gehaltsrunden. Besser wäre es, die Löhne und Gehälter auf Betriebsebene zu vereinbaren. Mitarbeiterbeteiligungsmodelle werden in die Diskussion geworfen – als Ersatz für Lohn- und Gehaltserhöhungen, die die Gewerkschaften für alle Beschäftigten der einzelnen Branchen verhandeln. Mitbestimmung ist manchen Betrieben immer noch ein Dorn im Auge, sie erschweren oder verhindern Betriebsratswahlen.

DIE ÖGB-FORDERUNGEN:

- » 1.500 Euro Mindestlohn/-gehalt. Auch für BezieherInnen von Mindestlöhnen/-gehältern muss ein akzeptabler Lebensstandard möglich sein.
- » Wo kein KV gilt – d. h. auch für freie DienstnehmerInnen: angemessene und ortsübliche Entlohnung garantieren.
- » Steigende Löhne und Gehälter: Abgeltung der Inflation, gerechter Anteil an der Wertschöpfung.
- » Strenge Sanktionen für Arbeitgeber, die sich nicht an Kollektivverträge halten.
- » Flächenkollektivverträge statt Firmenkollektivverträge.
- » Keine Kompetenzverschiebung vom KV auf die betriebliche Ebene.

- » Mehr Frauen in KV-Verhandlungsteams.
- » Einkommensschere schließen: niedrige Einkommensgruppen stärker erhöhen, Vordienstzeiten besser anrechnen, Karenzzeiten anerkennen.
- » Keine Nachteile für Eltern bei Karenz und Elternteilzeit; tunlichst Rückkehrrecht auf den alten Arbeitsplatz auch bei Teilzeitbeschäftigung.
- » Teilzeitbeschäftigte dürfen nicht benachteiligt werden, z. B. bei Karriere oder Weiterbildung.
- » Öffentliche Aufträge nur an Firmen mit betrieblichen Frauen- und Gleichstellungsmaßnahmen (z. B. Frauenförderpläne).
- » Verpflichtende Einkommensberichte in Unternehmen ab 100 ArbeitnehmerInnen; Ausweitung z. B. auf Länder und Gemeinden.
- » Verbesserung der verpflichtenden Gehaltsangabe in Stellenausschreibung: zusätzliche Angabe des KVs und der Einstufung; auch für freie DN und alle DG.
- » Ausdehnung des Benachteiligungsverbotes und Kündigungsschutzes auf ErsatzbelegschaftsvertreterInnen und alle, die sich aktiv an Betriebsrats- und Personalvertretungswahlen beteiligen.
- » Mehr freigestellte BetriebsrätInnen.
- » Längere Bildungsfreistellung; Anspruch auch für Ersatz-BelegschaftsvertreterInnen.
- » Mehr Mitbestimmungsrechte für BetriebsrätInnen, z. B. auch bei der Beschäftigung von Leiharbeitskräften.

WARUM FORDERN WIR DAS:

Die Lebenshaltungskosten steigen ständig, da müssen die Einkommen Schritt halten, sonst droht Verarmung – und das schadet nicht nur den Menschen, sondern dem Land insgesamt. Nur starke Mitbestimmung in den Branchen und in den Betrieben garantiert, dass gute Regelungen vereinbart werden, dass die auch eingehalten werden – und dass Verstöße bestraft werden.

Alle Forderungen auf: www.bundeskongress.at